

# Bürgerliche Mehrheit will Waffenexporte erleichtern

- 03.12.2025
- Südostschweiz / Bündner Zeitung
- Sebastian Gänger (sda)

Zugunsten der Schweizer Rüstungsindustrie hat der Nationalrat die Lockerung der Exportregeln gutgeheissen. Die Ratslinke sieht rote Linien überschritten. Schweizer Rüstungsbetriebe sollen künftig auch Kriegsmaterial an Länder liefern können, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden. Auch die Weitergabe von Waffen soll grundsätzlich möglich sein. Das hat der Nationalrat beschlossen.

Die Ratslinke ist empört. Mit 120:63 Stimmen bei 12 Enthaltungen hiess die grosse Kammer am Dienstag mehrere Lockerungen des Kriegsmaterialgesetzes in der Gesamtabstimmung gut. Ausgearbeitet hatte diese eine Allianz von SVP, Mitte und FDP in der Sicherheitspolitischen Kommission. Die gleiche bürgerliche Mehrheit im Rat übernahm nun die Vorschläge der Kommission. Vetorecht für Bundesrat Beim Kauf von Rüstungsgütern in der Schweiz soll eine Gruppe von 25 westlichen Ländern deutlich mehr Freiheit haben als heute.

Selbst wenn sie in einen Krieg verwickelt sind, soll die Schweiz diese Länder beliefern dürfen. Ausgeschlossen sein sollen nur Lieferungen in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegender verletzen. Und der Bundesrat soll ein Vetorecht erhalten - zum Beispiel, wenn er die Neutralität gefährdet sieht. Auch bei der Wiederausfuhr von Waffen sollen mildere Regeln gelten. Im Grundsatz sollen alle Länder künftig in der Schweiz gekaufte Rüstungsgüter frei weitergeben können.

Allerdings kann der Bundesrat auch hier eine Garantie verlangen, dass das Rüstungsmaterial im Käuferland bleibt - immer dann, wenn er Bedenken hat wegen der Neutralität oder den aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz. Armee soll profitieren Die Befürwortenden führten als Hauptgrund für die geplanten Lockerungen sicherheitspolitische Überlegungen ins Feld. Thomas Hurter (SVP, Schaffhausen) argumentierte, dass mit der «Lex Verteidigungsfähigkeit» die Schweizer Armee gestärkt werde. Es brauche eine funktionierende Rüstungsindustrie. Heute würden viele Staaten Schweizer Rüstungsfirmen meiden.

Die Schweiz habe in den vergangenen drei Jahren - nachdem weitgehende Lockerungen der Exportregeln abgelehnt worden waren - einen Teil ihrer unverzichtbaren Rüstungsindustrie, wertvolles Know-how und unzählige Arbeitsplätze verloren, hielt Heinz Theiler (FDP, Schwyz) fest. Bei der neuen Regelung gehe es nicht um blinde Exporte, sondern um die Wahrung der bewaffneten Neutralität. «Eine heimische Rüstungsindustrie kann nur existieren, wenn sie auch exportieren kann, namentlich in unsere Nachbarstaaten, in Staaten, die mit uns befreundet sind, und in Staaten, die ein ähnliches Exportkontrollregime wie wir kennen», sagte Reto Nause (Mitte, Bern). Heute sei das Schweizer Kriegsmaterialgesetz das restriktivste in Europa. Linke drohen mit Referendum Während die Bürgerlichen der kriselnden Schweizer Rüstungsindustrie helfen wollen, sieht die Linke rote Linien überschritten.

Die Lockerung der Waffenexportregeln verletze das Neutralitätsrecht, machten Vertreterinnen und Vertreter von SP und Grünen in der grossen Kammer geltend. Die Vorlage gefährde die Glaubwürdigkeit der Schweiz. In Zukunft wären direkte und indirekte Exporte von Waffen auch in Länder möglich, die sich im Bürgerkrieg befinden, kritisierten die Gegnerinnen und Gegner. Ebenso möglich wären Weitergaben an Unrechtsstaaten, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden und welche Waffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzen. Gleichzeitig wäre es weiterhin verboten, Waffen in die Ukraine zu liefern, obwohl die Revision ursprünglich mit dem russischen Angriff auf die Ukraine begründet worden sei.